

# Die Meditier – Partei der Stille

## Stellungnahme des Vorstands zur Corona-Krise

Grosse Teile der Bevölkerung geraten in diesen Tagen bezüglich ihrer existentiellen Grundlagen in eine wachsende Verunsicherung. Vorgesehene Maßnahmen zur Grundsicherung verbunden mit Antragsformularen, Bewilligungen und entsprechender Zeitverzögerung schaffen keine ausreichende Sicherheit. Wir fordern deshalb die Parteien im Deutschen Bundestag auf, mit sofortiger Wirkung das **bedingungslose Grundeinkommen** einzuführen.

Weiterhin beobachten wir eine Unverhältnismässigkeit zwischen der Gefahrenabwehr (SARS-CoV-2) und den dafür getroffenen Maßnahmen. Im aktuellen Maßnahmenkatalog sehen wir Grundlagen zu einem viel grösseren Leid, als das Virus selbst bei unkontrollierter Ausbreitung anrichten könnte. Wir sind in der aktuellen Situation für Regulierungen, die jeglichen Schaden für die Bevölkerung so gering wie möglich halten. Wir fordern die verantwortlichen Politiker deshalb zu einer umgehenden **Lockerung der getroffenen Regelungen** auf:

- **Aufhebung der Ausgangssperren**
- **Öffnung der innerdeutschen Grenzen inkl. der Inseln als auch der Bundesgrenzen**
- **Öffnung von Spielplätzen, Parks, Fitnessstudien und allen Einrichtungen, die der Pflege der Gesundheit dienen**
- **Öffnung von Schulen, Universitäten und KITAs**
- **Erlaubnis zur Öffnung von Geschäften im Einzelhandel, Restaurants und Beherbergungsstätten**
- **Erlaubnis für alle Menschen, an ihren normalen Arbeitsplatz zurückzukehren**
- **Erlaubnis für alle, die zu Hause bleiben wollen, zu Hause zu bleiben, ohne dass ihnen dadurch Nachteile entstehen**
- **Erlaubnis zur Durchführung von Veranstaltungen von bis zu 50 Teilnehmer\*innen**

Bis ein Impfstoff zur Verfügung steht, entscheiden sogenannte Risikogruppen (ältere Mitbürger\*innen als auch Menschen mit Vorerkrankungen) individuell über ihre Teilnahme am öffentlichen Leben. Sie erleiden dadurch keine Nachteile und werden in den Erfordernissen des Alltags unterstützt.

Eine Verschärfung des Infektionsschutzgesetzes, die vorgesehenen Änderungen für die Beschlussfähigkeit des Bundestages als auch weitere Beschränkungen von Grundrechten lehnen wir ab.

*(Beschlossen in ausserordentlicher Sitzung (Telefonkonferenz) des Vorstands von Die Meditier am 26. März 2020. Der Beschluss wird nach Meinungsumfrage auch von der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder der Partei unterstützt.)*